



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Stabile Binnennachfrage

Die deutsche Wirtschaft hat die Erwartungen vom Jahresanfang im ersten Quartal übertroffen. Das stellt der FAZ-Konjunkturbericht Ende April 2014 fest. Dazu habe auch der milde Winter beigetragen, der der Bauindustrie im Februar – im Vergleich zum Vorjahresmonat – ein Plus von 27 % beschert hat. Getrübt werde die branchenübergreifende Wachstumsstimmung von der Krise in der Ukraine und den damit verbundenen Sanktionsdrohungen gegen Russland. Dennoch peilt die Bauwirtschaft für das laufende Jahr eine Umsatzverbesserung von 3,5 % an. Erfreulich stabil zeigt sich die von wachsender Kaufkraft der Privathaushalte belebte Binnennachfrage. So ist das Privatvermögen im Jahr 2013 um rund 200 Mrd. auf den historischen Höchststand von 5,15 Billionen Euro gestiegen. Zum Vergleich: Vor 20 Jahren lag dieser Wert noch bei 2,3 Billionen Euro. Dieser beachtliche Zuwachs sollte Ideologen aller Fraktionen zu denken geben.

Wohnungsneubau weiter auf Wachstumskurs

Der deutsche Wohnungsneubau setzt seinen Wachstumskurs fort. Das ifo-Institut prognostiziert für 2014 einen Anstieg der Fertigstellungen um 12 %, was 2,8 Wohneinheiten je 1.000 Einwohnern entspräche. Damit rangiert Deutschland im europäischen Vergleich auf einem ordentlichen Mittelplatz. Die Wohnungsbauintensität liegt z.B. in Österreich 70 % höher als hierzulande. In Frankreich wird derzeit fast doppelt soviel gebaut. Auch mittelfristig ist für den deutschen Markt Zuversicht angesagt: Bis 2016 erwartet ifo einen weiteren Anstieg um 13 % auf dann 260.000 fertig gestellte Wohnungen.

Weg vom „Löti“-Image

Als Bremsfaktor erweist sich in der Bau-Branche der Mangel an Fachkräften und Auszubildenden. Vor allem bei der Gewinnung geeigneter Azubis will man mit finanziellen Anreizen punkten. Das hat dazu geführt, dass sich die Lehrlingstarife im westdeutschen Bauhauptgewerbe mit monatlich 1.460 Euro deutlich von anderen Branchen abgekoppelt haben. Das Schlusslicht bildet das Transportgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern mit 345 Euro. Auch das SHK-Handwerk leidet bekanntlich unverändert unter dem Nachwuchsmangel, der mit mehr Geld allein nicht zu beheben ist. Hauptsächlich dürfte die mangelnde Attraktivität im öffentlichen Bewusstsein sein. Die überfällige Image-Korrektur vom „Löti“ zum anerkannten Experten für Energieeinsparung und Badkultur erweist sich als Bohren dicker Bretter. Hier bleibt trotz einiger löblicher Initiativen noch viel zu tun.

„Vor der Wand“

Zu bemerkenswerten Erkenntnissen hat eine vom DGH beauftragte Untersuchung des deutschen Sanitärmarktes „vor der Wand“ geführt. Danach werden in diesem Produktbereich gegenwärtig 75 % der Erzeugnisse deutscher Markenhersteller über den Großhandel vertrieben, „wovon über 90 % durch den Installateur abgenommen werden“. Auch hier werde der Internet-Handel weiter vorrücken, aber die Vorzüge des ortsnahen Großhandels behielten ihre Bedeutung. Der deutsche Markt werde in den nächsten Jahren vor allem im Renovierungssegment moderat wachsen. Der DGH-Vorsitzende Benedikt Mahr zeigte

sich gelassen zuversichtlich: „Der Großhandel bringt zuverlässig Qualität, Sicherheit und Produktvielfalt über den Handwerker zum Verbraucher. Und das ist gerade dann von Bedeutung, wenn es um komplexe Systeme und aktuelle Herausforderungen wie zum Beispiel barrierefreies Renovieren geht.“

Investition in die Lebensqualität

Rund 40 Mrd. Euro werden jährlich für auslaufende Kapitallebensversicherungen ausgezahlt. Ein Großteil dieser Gelder fließt in Abbezahlung, Renovierung und Kauf von privaten Immobilien. 15,6 % der Begünstigten nutzen den warmen Regen, um ihr Haus oder ihre Wohnung zu entschulden. 10,7 % investieren in die Modernisierung, 7,7 % in den Kauf von Immobilien. Und 2,7 % erfüllen sich den Wunsch nach einem Zweitwohnsitz im Ausland. Aber nicht nur bei Versicherungsnehmern steht die Verbesserung der heimischen Lebensqualität weit oben auf der Wunschliste. So hat eine neue Verbraucherbefragung ermittelt, dass 49 % der Deutschen in den nächsten zwölf Monaten entsprechende Ausgaben tätigen wollen.

Boom bei Sachwerten

In keinem anderen Land der Euro-Zone werden die Immobilienpreise dieses Jahr so stark steigen wie in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Ratingagentur Standard & Poor's. Als Motoren der Wertsteigerung werden die niedrige Arbeitslosigkeit, die bessere Verbraucherstimmung und eine zunehmende Einwanderung genannt. Wohl noch bedeutender für die Entwicklung dürften die extrem niedrigen Hypothekenzinsen und die sprunghaft steigende Investitionsneigung ausländischer Käufer sein. S&P rechnet für 2014 mit einer durchschnittlichen Teuerungsrate von 4,5 %. Nach Schätzung der Bundesbank sind Wohnimmobilien in deutschen Städten seit 2010 um fast 20 % teurer geworden. Zumindest in den Ballungszentren bestehe mittlerweile die Gefahr einer Preisblase. Zu bedenken ist dabei allerdings, dass dem Preisanstieg der letzten Jahre ein Jahrzehnt der Stagnation vorausgegangen ist. Außerdem stärken mickrige Habenzinsen, die noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen, die Nachfrage nach Sachwerten.

Schwerwiegende Entscheidung

Die Stiftung Familienunternehmen warnt vor der Streichung der Verschonungsregel für Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer. Derzeit befasst sich das Bundesverfassungsgericht mit einer Vorlage des Bundesfinanzhofs, der die bestehende Begünstigung für verfassungswidrig hält. Das ifo-Institut hat im Februar 2014 4.865 Familienbetriebe zu den Auswirkungen einer eventuellen Streichung befragt. Dabei haben zwei Drittel der Unternehmen erklärt, in diesem Falle die Investitionen reduzieren zu müssen. Über die Hälfte geht von einem Abbau der Mitarbeiterzahl aus. Die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers lag darin, den Übergang von Betriebsvermögen zwischen den Generationen zu erleichtern und dadurch der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Familienunternehmen Rechnung zu tragen. Die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dürfte daher erhebliche Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland haben.